

# Zur politischen Lage

Autor(en): **Sprecher, Jann v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158762>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zur politischen Lage.

Die Rede Hitlers vor dem Großdeutschen Reichstag am Abend des 19. Juli ließ in umfassender Darstellung das Gesamtbild der militärischen Entwicklung vom 9. April 1940 bis zum 25. Juni 1940 noch einmal lebendig werden. Zugleich zeichnete sie den Schlußstrich unter diese Etappe des Krieges, welche bestimmt sein wird, dem europäischen Kontinent ein neues Gesicht zu geben. Der militärische Eindruck der Ereignisse ist wohl beispiellos zu nennen. Ihre politischen Auswirkungen aber bedeuten, daß eine eherne Hand im Buch der Geschichte ein Blatt gewandt hat.

Das politische Ereignis des 19. Juli gab sich durch die in solenner Umrahmung verfügten Beförderungen verdienter Armeeführer als ein mit besonderer Feierlichkeit ausgestatteter Akt von abschließendem Charakter. So gewann der am Ende angefügte Appell an England die besondere Deutung, dem eigenen Volke, dem Verbündeten und der Welt die aussichtslos schweren Folgen englischen Widerstandes einzuprägen.

Allein es steht dem Herrscherwillen des deutschen Führers der Widerstandswille eines Weltreiches gegenüber. Die ganze Größe der Gegensätze aber und damit zugleich ihre Unüberbrückbarkeit zeigte der Inhalt der Rede des britischen Außenministers vom 22. Juli.

So muß heute der schwerste Waffengang zum Austrag kommen. Ein weiteres Blatt im Buch der Geschichte soll gewendet werden. In Ernst und Trauer aber sind die Blicke des Schweizervolkes auf das entscheidende Ringen der zwei großen Völker gerichtet, die doch beide seine Freunde sind.

\* \* \*

Der Ablauf der kriegerischen Ereignisse seit dem frühen Morgen des 10. Mai 1940, des Tages, da die Truppen des Reiches die Grenzen Hollands, Belgiens und Luxemburgs überwältigten, da rasende Sturzkämpfer auf Festungen, Städte und Dörfer niedersauften, der Himmel mit Fallschirmen sich verfärbte, indes geheimnisvolle Luftlander das Hinterland durcheinanderwirbelten — es liegt in der Entwicklung seit diesem Tage soviel unerhört Tragisches, in den Blutströmen, die sie zu beiden Seiten der Grenzen begleiteten, soviel Schmerz und Elend, daß der in seinem Ausmaß grandiose weltgeschichtliche Hintergrund dieser Ereignisse heute gleichsam wie durch eine Schleierwand kaum zu erkennen, vielleicht nur zu vermuten ist.

Wenn einmal wieder die Geschichte eines ihrer großen und schweren Urteile auswägt — und diese großen und schweren Urteile lassen sich wohl zählen im Lauf der Jahrhunderte — dann mißt sie mit großen Maßstäben, nicht mit den kleinen, welche die Menschen zu ihrer Urteilsbildung üblicherweise anlegen, und die allein ihnen in der Regel geläufig sind. Die Waage der Geschichte mißt nicht mit den Gewichten der öffentlichen Meinung! So hat sie auch hier mit den ihr eigenen, schweren Massen die Prüfung des Gleichgewichts vollzogen, und unerbittlich vollzogen — und es währte nicht dreißig Tage, da senkte sich die Schale und was zu leicht befunden war, verfiel der Auflösung.

\* \* \*

Das Schicksal Frankreichs erweckt schmerzliche Gefühle. Allein die Entwicklung der acht ersten Kriegsmomente ließ schon Viele ahnen, was der Lauf der Dinge bringen könnte — wohl viele wußten es schon seit zwei Jahren, daß das heutige Frankreich diesem Entscheidungskampf, der schwersten Auseinandersetzung seiner Geschichte, nicht mehr gewachsen sein würde.

Der unerbittlichen Konsequenz des nationalsozialistischen Machtwillens stellte Frankreich an wirklichen Machtmitteln im Grunde wenig mehr entgegen, als es vordem der Weimarer Republik entgegengestellt hatte, die doch bereit gewesen war, zu erfüllen. Es war für den Beobachter oftmals wahrhaft erstaunlich, festzustellen, wie wenig anpassungsfähig sich dieses intelligente Volk gegenüber einer mit aller Deutlichkeit abgesteckten und weiter abzusteckenden Entwicklung verhielt. Das nationalsozialistische Reich, das dem Fremden stets mit einer sehr weitgehenden Offenheit, und von Jahr zu Jahr, die Fortschritte seiner wehrhaften Entwicklung im Geistigen und Materiellen fast ungehemmt demonstrierte, blieb vom französischen Volke, und dies fast sehenden Auges, unerkant.

Oder war dies seltsame Gebaren in letzter Linie doch Resignation? Resignation — angesichts einer Dynamik, der man sich nicht gewachsen wußte? Resignation — die sich doch scheute, folgerichtig zu sein — also rechtzeitig den Frieden mit dem Reich zu machen? Als wir uns am 11. September 1938 in der Halle des „Württembergischer Hof“ zu Nürnberg mit dem stets beweglichen, trotz seiner Jahre aber noch recht frischen Herrn Jules Sauerwein, dem bekannten Pressemann Frankreichs, unterhielten — es war unmittelbar vor der entscheidenden Erklärung Hitlers zum tschechoslowakischen, damals noch sudetendeutschen Problem — da sagte er — und wie müde klang das — daß Frankreich trotz seiner Bündnisverpflichtung gegen einen deutschen Einmarsch bestimmt nichts unternehmen werde. So kam dann München: Frankreich erkannte seine Schwäche und trat zurück. Und so kam der 30. November 1938: Streik der Eisenbahner in Frankreich und die gleichzeitige große Rede Ciano's mit der Verkündung der Aspirationen. Einige Tage darauf waren wir in Straßburg. Noch hingen die blau-weiß-roten Aufrufe von den Wänden. Die Streikenden waren militarisiert. Wie frohlockte die Presse über das scheinbare Fiasko der Bewegung! Wie machte sie sich lustig über Ciano, der zu Unrecht eine Schwäche Frankreichs habe ausnützen wollen! „Jamais!“ — das war die Antwort auf die Aspirationen. In diesen Tagen sprachen wir einen Elsäßer. Er hat viele Freunde in Frankreich. „Frankreich wird in Kürze die Italiener in Tunis einmarschieren sehen,“ sagte er mir. Als ich einwarf: „Und was wird Frankreich tun?“ — da schüttelte er traurig den Kopf. „Nichts...“, sagte er leise.

Nichts? Gewiß — im September 1939 hat sich Frankreich erhoben. Seine Armee war, so hieß es in einem Bericht, der noch unmittelbar vor Kriegsausbruch einging, in vorzüglicher Verfassung. Zur Verteidigung des eigenen Bodens, gewiß. Nicht aber zur Entlastung für das weit gelegene Polen. Die verunglückte Saaroffensive vom September war ein Hinweis: Frankreich war zu schwach geworden, um sein kontinentales Imperium, oder wenigstens die Reste seiner kontinentalen Großmachtstellung zu erhalten. Das Volk wollte nicht.

Vielleicht war es müde geworden. Die Berichte, die uns im Januar 1940 — im fünften Monat nach Kriegsausbruch — zugingen — zu der Zeit, als der russisch-finnische Krieg ausgetragen wurde — lauteten recht eindeutig. Damals, da das Reich mit kaum vorstellbarer Energie die höchste Potenz seiner Rüstung zu erreichen im Begriff war — als Deutschland die Meisterschaft der Propaganda für das Reich und seinen Sieg im eigenen Volk (und anderen!) zu größter Vollendung trieb — da das ganze deutsche Volk für den letzten Einatz geschweißt wurde — da besagten ernste Berichte aus Frankreich, nebst vielem Anderen: überhandnehmendes Ge-

Dränge von „Permissionnaires“ auf den Pariser Boulevards, schlechte Stimmung an der Front, die bis zu kleineren Meutereien bei den Brigaden der Maginotlinie führte, Mißtrauen der Masse im Bewußtsein erheblichen Ungegens der Fliegerabwehr in den Großstädten und Rüstungszentren — vor allem aber: Notwendigkeit irgendeiner baldigen Offensivaktion, um den weiteren Zusammenhalt der Armee und des Volkes zu sichern. . .

Nun ist Frankreichs tapfere Armee zerbrochen, und das Flüchtlingselend der modernen Kriegsführung hat ein Volk zer schlagen, und in den Stätten des Friedens ist das Grauen, in den Stätten der Hoffnung die Verzweiflung eingelehrt. Frankreichs kontinentale Macht ist zerstört — jene Macht, die zu halten es einfach nicht mehr die Kraft besaß. Das Schicksal des kolonialen Empires aber muß sich in folgerichtiger Anlehnung an die Erschütterung der kontinentalen Position des Mutterlandes erfüllen.

Die Stunde ist nicht gekommen, den Verlauf der gigantischen Kämpfe zu würdigen. Es fehlt die Distanz und es fehlen vollends alle objektiven Unterlagen. Was für die militärischen Aspekte gilt, hat noch in vermehrtem Maße für die politischen Belange zu gelten. So ist es kaum an der Zeit, die Entwicklung der englisch-französischen Allianz bis zu ihrem Zusammenbruch würdigen zu wollen. Gerade hier fehlt einstweilen, wenigstens für die Zeit seit dem Ausbruch des Krieges im September 1939 — und speziell für die diplomatischen Vorgänge am 1., 2. und 3. September — manche zuverlässige Information. Was man zum französisch-englischen Verhältnis heute hört, ist Propaganda und nichts weiter. Dazu gehören zweifelsohne auch die teilweise eigentümlichen Erklärungen, die nach dieser Richtung kürzlich von ehemaligen französischen Ministern abgegeben worden sind. Aber die Authentizität ihres Gehaltes haben wir uns nicht zu äußern: auch hier wird die spätere Entwicklung, die uns der Kenntnis der Zusammenhänge zweifellos näherbringen muß, erst die Unterlagen verschaffen, die heute zu objektiver Beurteilung noch völlig fehlen.

Allein dies ist unbestreitbar: das mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes versunkene Frankreich hat seine Politik ohne Zwang, aus freien Stücken, mit derjenigen des Britischen Reiches koordiniert. Die Hauptfrage, die abzuklären bleibt, gilt also in letzter Linie dem Problem französischer Erkenntnis und Voraussicht, und hier vor allem der Tatsache, daß die nunmehr geschlagene Kontinentalmacht sich mindestens seit dem 6. März 1936, dem Tage der Remilitarisierung der Rheinlande, bewußt in einer Entwicklung bewegte, die einerseits höchste Leistung an militärischer und politischer Disziplin voraussetzte, die aber andererseits weder das Volk noch seine Regierungen zu geben bereit waren. So erfüllte sich das Schicksal. —

\* \* \*

Die schweizerische Heimat erlebte diese kontinentale Umwälzung von weltgeschichtlicher Größe, welche den ersten Teil des zweiten Weltkrieges beschloß, der unsere Generation durchzittert, ohne Schaden an ihrem Bestande zu nehmen. Doch wieviel Leid, wieviel Elend, wieviel Schmerz, wieviel Zerstörung ist in diesen zehn Monaten über freie Völker gekommen!

Mit Riesenschritten zog die Entwicklung der letzten beiden Jahre vorüber. Daß sich die tschechoslowakische Republik in ihre Bestandteile aufgelöst hat, ist schon beinahe vergessen. Und doch steigt mir wieder die Erinnerung empor an jenen Wintertag des Jahres 1936, als mich ein gestiefler Lakei durch die endlosen Säle und Gänge des Prager Gradschin führte, wo in dem Saal, da die prunkvollsten Gobelins an den Wänden herniederfielen, der Staatspräsident Beneš mich empfing. Mitten in der größten Umwälzung erhebt sich das Bild jenes Mannes als einer der bewußtesten Akteure des Vorspiels — denn er sah nicht

nur, wie andere, das Nahen des Krieges; nein, er wollte diesen Krieg, weil er die große Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Hitlers für unvermeidlich, ja für heilsam hielt. Aus der heutigen Perspektive haben seine Worte einen eigenen Klang...

Diese Welt, die Welt Benesch's, an der so viel Unrechtes war, ist versunken. Und versunken ist auch jene andere Welt, die mir am 15. März 1938, zwei Tage nach dem deutschen Einmarsch, im Arbeitszimmer eines hohen Beamten des Regimes Schuschnigg in einer Stadt irgendwo in Österreich entgegentrat. Es war ein kleiner, tapferer Mann — Schutzhäftling in seiner eigenen Wohnung — der mich da empfing. Nichts Prunkvolles hing da an der Wand — aber es grüßte ein großes Gemälde des Kaisers Franz Joseph den Besucher, und auf dem Tisch stand die Photographie des Kanzlers Schuschnigg, dem Freunde und Verbindungsbruder eigenhändig gewidmet. Weder dies noch anderes war in diesem bescheidenen Zimmer verändert worden, obwohl es den Gestapobeamteten völlig offen stand, deren einer bereits als diskrete Wache unter der Türe eines gegenüberliegenden Hauses postiert war! Tapfer hatte dieser kleine Mann, bewußt auf verlorenem Posten, für eine vielleicht überlebte, sicher in Vielem moralische Welt gekämpft, und selbst jetzt, unter den Waffen der Gegner, wäre er nicht eine Sekunde, nicht den Schlag eines Lidess lang bereit gewesen, seine Überzeugung zu verleugnen, ja darauf zu verzichten, sie nach Außen zur Schau zu tragen. „Grüßen Sie mir die freie Schweiz“, meinte er beim Abschied...

\* \* \*

Die freie Schweiz! Ist es nicht wie das Erwachen aus einem schweren, wirren Traum, das uns jetzt gleichsam überrascht — wir reiben uns die Augen und blicken erstaunt: wieviel Freiheit um uns ist versunken, wieviel Heldentum zu Grabe getragen, wie unerbittlich hart hat der zerreißende Schlag der Geschichte die europäische Welt getroffen... und wir sind frei!

Unser Dank gilt der Gnade des Schicksals. Unser Stolz aber gilt unserer lebendigen, wetterharten, freien, demokratischen Heimat! Denn nur unsere angestammten freien Einrichtungen, mit denen wir, mag kommen was da will, stehen oder fallen, haben uns diese erste Probe bestehen lassen! Gewiß hat die Entwicklung der historischen Monate seit Kriegsausbruch viele Mängel unserer Einrichtungen — und unserer Menschen! — ohne Schonung an den Tag gelegt — dies zu leugnen wäre schwächliche Illusion. Gar manches hat sich als wenig beständig oder hohl erwiesen, gewiß. Und hier wird mit durchgreifenden Maßnahmen eingesezt werden müssen. Allein es ist uns doch gelungen, aus dem freien demokratischen Boden unserer Verfassung heraus — auf vielen Gebieten, nicht auf allen — die unerläßliche Unpassung zu finden an die Erfordernisse des Geschickes, ohne daß wir diesen Boden verlassen und damit unsere Überzeugung verraten hätten. Und das allein ist, über alle Mängel hinweg, das Entscheidende.

Wir kennen die Einwendungen; sie kommen übrigens immer von derselben Seite und ihre Töne sind uns wohl vertraut. Wir hörten sie schon vor Ausbruch des Krieges, da auch die Schweiz gezwungen war, bestimmte Eingriffe temporärer Natur in einige ihrer verfassungsmäßigen Freiheiten vorzunehmen. „Wir sind ja gar nicht mehr frei“ — hieß es da — und mag es heute erst recht heißen; „wir sind keine Demokratie mehr, genau so autoritär wie jene Länder, deren Einrichtungen wir für uns bekämpfen“... und ganz Extreme fügten etwa noch bei, in den autoritären Staaten lebe man „im Grunde“ viel freier...

Die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes hat die Auffassungen — recht seltsame Auffassungen! — dieser Leute nie geteilt und teilt sie auch heute keineswegs. Denn unser Volk ist hellhörig genug, zu merken, daß ihre Urheber im Grunde durchaus im Lager der Gegner der Demokratie stehen, der sie ihre

Verachtung bei jeder Gelegenheit gerne bezeugen (indes sie gleichzeitig von ihren Freiheiten dann doch den ausgiebigsten Gebrauch machen) und daß sie lieber heute schon als morgen bereit wären, unsere freien Einrichtungen gegen ein recht ungewisses und in den eigenen Köpfen dieser Leute übrigens reichlich verschwommenes „Neues“ abzutauschen. Ihre Einwendungen sind aber auch sachlich nicht stichhaltig.

Denn was das Wesentliche der schweizerischen Entwicklung seit jener Periode, da das Kommen des Krieges unvermeidlich erschien — nach München, September 1938 — über die schweren ersten zehn Kriegsmomente mit ihren zahllosen akuten und latenten Gefahrenmomenten bis heute ausmacht, ist die Entschlossenheit eines Volkes, seine freiheitlichen Einrichtungen den außergewöhnlichen Spannungen der Lage in ihrer Funktion anzugleichen, ohne sie selbst jemals aufzugeben oder aufgeben zu wollen. Es handelt sich somit um temporäre Verzicht auf verschiedene Rechte und auf die Befriedigung verschiedener Ansprüche, die zwar durchaus der Substanz unserer freiheitlichen Einrichtungen entspringen, deren zeitbedingte Beschneidung aber eben gerade zur Erhaltung dieser Substanz in außergewöhnlichen Zeiten erforderlich ist. Es kann nur als eine völlige Verkennung der wahren Tatsachen und des Volkswillens bezeichnet werden, wenn aus diesen Maßnahmen Verzicht des Volkes auf die freiheitlichen Einrichtungen überhaupt — oder auch nur Gleichgültigkeit ihnen gegenüber — herausgelesen werden will, wo sie doch nichts weiter als Anpassung, notwendig-zeitbedingte Anpassung bedeuten. Der Soldat trägt seine Gasmaske auch nicht üblicherweise, sondern wenn er sie braucht. — Welches übrigens der wirkliche Wille des Volkes ist, läßt sich für jeden, der es will, ohne Schwierigkeit ablesen aus den beiden Urnengängen vom 29. Oktober und 3. Dezember 1939: dort die Verstärkung des bürgerlich-freiheitlichen Elementes bei gleichzeitiger Dezimierung der marxistisch-etatistischen Linken und der völligen Ausschaltung der letzten Reste ideologisch von auswärts gesättigter Gruppen — hier eine überwältigende Absage an das Überwuchern eidgenössischer Staatswirtschaft und die Aufblähung ihres Apparates.

Wenn demnach die Erhaltung unserer demokratischen Freiheiten über die Schwere der gegenwärtigen Zeit hinaus dem tiefsten Willen des in dieser Kernfrage durchaus einigen Volkes entspricht, so können wir auch mit Genugtuung feststellen, daß die teilweise auf Grund von Bundesbeschlüssen, teils gestützt auf die Vollmachten vom 30. August 1939 getroffenen vorkriegs- und kriegsbedingten Maßnahmen ihren Zweck — leider zwar nicht vollständig, aber zu einem großen Teil — erfüllt haben. Durch sie wurde unsere Neutralität gesichert, durch sie unsere Kriegsbereitschaft in militärischer und in wirtschaftlicher Beziehung auf den höchsten Stand gebracht. Und hinter diesen Maßnahmen vereinte sich geschlossen das Volk in dem einmütigen Willen, den Boden der Heimat um jeden Preis unberührt zu erhalten.

So schützte sich ein freies Volk auf freier Erde. —

\* \* \*

Allein mit dem Tage des 25. Juni 1940, des kontinentalen Waffenstillstandes, hat eine neue Epoche der europäischen Geschichte begonnen. Der Status Europas, der seit dem Wiener Kongreß, wenn auch unter heftigen Erschütterungen, sein im Gleichgewicht der Großmächte basierendes Element bewahrt hatte, ist dahin. Eine Umwälzung größten Ausmaßes, nur dem Siegeszug der Französischen Revolution und ihres großen Kaisers vergleichbar, hat das Bild Europas von Grund auf verändert.

Für die Schweiz ergibt sich daraus eine völlig neue Lage.

Da oben, an der Grenze, inmitten unserer Soldaten, vernahmen wir an jenem denkwürdigen 25. Juni die eindrucklichen Worte des Bundesrates. Da war kaum einer, dem nicht der ganze Ernst der kommenden Entwicklung bewußt geworden wäre. Aber unvergessen bleibt uns die Gemeinschaft

des Entschlusses, die uns Soldaten alle, nachdem die schweren Worte verklungen waren, erfaßte: — —

Wohl an: wie wir bereit waren, die Heimat an der Grenze zu decken, so gilt unsere entschlossene Bereitschaft ebenso freudig jener Aufgabe von schicksalsschwerem Ausmaß und Bedeutung: die Heimat auch in dem neuen Europa frei und unabhängig zu erhalten.

\* \* \*

Der Bundesrat sagte:

„Überall, auf allen Gebieten, geistig und materiell, wirtschaftlich und politisch, wird die unerläßliche Wiederaufrichtung gewaltige Anstrengungen erfordern, die, um wirksam zu sein, sich außerhalb veralteter Formeln zu betätigen haben werden.“

„Wichtige Entscheidungen sind nötig, und zwar nicht etwa solche, über die wir vorher lange beraten, diskutieren und abwägen können. Also Beschlüsse, die gleichzeitig überlegt und rasch auf Grund eigener Machtbefugnis zu fassen sein werden. Ja, ich sage in der Tat eigene Machtbefugnis! Denn seien wir uns dessen bewußt, die Zeiten, in denen wir leben, werden uns zahlreichen früheren behaglichen, lässigen, ich möchte beinahe sagen altväterischen Gewohnheiten entreißen...“

„... wir dürfen ausgefahrene Wege nicht verwechseln mit der Tradition, ... die Tradition erfordert im Gegenteil Erneuerung, ...“

Man wird dem Bundesrat dankbar sein, daß er zu jener historischen Stunde, da Europa die Entwertung der seit 150 Jahren gültigen Werte erfuhr, dem Schweizer Volk die ungeschminkte Wahrheit gesagt hat. Denn noch leben viele, allzuviele Landsleute unter uns, die der auch für unser Land entscheidenden Bedeutung des neuen Europa verständnislos gegenüberstehen, sie nicht erkennen können oder nicht erkennen wollen. Daß der Bundesrat in einem solchen Augenblick seine Führung verstärkt und mit vermehrter Entschlossenheit die Zügel hält, wird vorerst bei allen, denen die Bedeutung der Stunde und die Größe der unserem Land gestellten Aufgaben bewußt geworden sind, vollen Beifall finden. All' den vielen aber, deren Erkenntnisvermögen zufolge des bisher für uns befriedigenden Ablaufes der Ereignisse und unseres vorerst nach wie vor vorhandenen Status des relativen Wohllebens den Ernst der kommenden Dinge noch nicht erfassen kann, wird die Führung des Bundesrates den Weg zeigen, den Weg weisen oder den Weg befehlen müssen. Und es läßt sich unbeschadet des unbändigen Freiheitswillens unseres Volkes immer wieder die eine Tatsache feststellen, daß auch der Schweizer sich einer Führung dann nicht ungern anvertraut, wenn er erkennt, daß sie weise ist und da er weiß, daß er sie selbst bestellt hat. Diese Führung — nach jeder Richtung — zu intensivieren, wird eine der nächsten Aufgaben sein.

\* \* \*

Drei große Gebiete sind es, in deren Bereich uns das kommende Europa entscheidende Aufgaben zuweist: politisch, wirtschaftlich, sozial werden wir Schweizer uns mit dem Neuen, das aus den unvorstellbaren Schrecken und Zerstörungen dieses kurzen, aber grausamen Kontinentalkrieges hervorgehen wird, auseinandersetzen müssen. Grundbedingung aber für unsere Fähigkeit, die Probleme, die uns diese drei großen Arbeitsbereiche stellen, zu lösen — historisch empfunden und damit zugleich offenen Blickes für die Zukunft, vor allem aber gut schweizerisch zu lösen — die unerläßliche Grundbedingung ist erst einmal, daß wir unsere geistige und moralische Haltung bewahren. Diese scheint aber mancherorts ins Wanken geraten zu sein...

Wer nun eben von der Grenze zurückkommt, wie immer wieder erfüllt von dem soldatischen Erlebnis, wo sich kleinliche, zumal aber unwürdige politische Gedanken und Empfindungen von selbst verbieten, ist füglich erstaunt über den sogenannten „Umbruch“, der sich in der Zwischenzeit in sehr zahlreichen Köpfen vollzogen hat. Leute, die früher in der Beurteilung, in der Prognostizierung der großen Politik, des kriegerischen Weltgeschehens, der wirklichen Machtverteilung, besonders aber des unfehlbaren Kriegsausgangs eine Sicherheit, ja eine Virtuosität bewiesen, die, bei näherem Zusehen, sich allerdings allzu häufig als im umgekehrten Verhältnis zu ihren wirklichen Geisteskräften stehend erwiesen — wo sind sie? Wo sind ihre hochtönenden Worte geblieben? Wer hat ihre Selbstsicherheit zerschlagen wie einen irdenen Topf? Wie klein sind sie geworden! Wo vordem ihr ganzes Wesen hörbares Zähneknirschen, geballtes „Heldentum“ war gegen einen Feind, der uns allerdings zufällig gar nicht angegriffen hatte, da ist heute auf einmal „Verständnis“, „Anpassung“, zu deutsch: Knieschlottern. Und wer in diesen Tagen, frisch zurück aus der klaren Luft unserer herrlichen Berge, durch unseren Blätterwald wandelt, dem fallen hie und da recht eigentümliche Blüten in den Schoß. „Umstellen“, „umlernen“ ist heute die große Mode und unlängst hörten wir erstaunt, daß jemand sogar allen Ernstes vor dem „Umfallen“ warnen mußte. Eine Wochenzeitung ging in ihrer biereifrigen „Geschicklichkeit“ im „Anpassen“ gar so weit, nicht allein einen Bericht zu veröffentlichen, in dem genau das Gegenteil der Ansichten niedergelegt war, die das Blatt bisher vertreten hatte — sondern dazu noch in einer redaktionellen Vorbemerkung ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß „die nachfolgenden Ausführungen“ einen Standpunkt wiedergäben, den das Blatt früher nicht vertreten habe! Wer Sinn für Humor hat, wird diesen kleinen Betriebsunfall, wie verschiedenes andere, schmunzelnd registrieren, im übrigen aber der Sache in dem besonderen Fall deswegen eine nur beschränkte Bedeutung zumessen, weil das Blatt vor einigen Jahren genau dieselbe Schwenkung von 180 Grad in das Lager vollzogen hatte, das nun anscheinend fluchtartig bereits wieder geräumt wird. In casu wäre demnach einfach der frühere „Zustand“ wiederhergestellt worden — der Saulus also Saulus geblieben!

\* \* \*

Unser General leitete seine Ansprache an der Sempacher Schlachtfeier 1940 zu diesem Punkt wie folgt ein (authentischer Text)\*):

„Überall im Schweizerland tönt es heute: Umlernen, umstellen! Der Wirrwarr der Meinungen ist groß. Man sagt, es fehlt uns viel. Was uns jedoch bestimmt nicht fehlt, das sind die Schwächer und zweifelhaften Ratgeber. Das Schweizervolk aber ist kritisch veranlagt und wird Gutes von Schlechtem zu unterscheiden wissen. Trotzdem schafft dieses Geschwätz mit oder ohne Absicht viel Beunruhigung. Ich warne vor falschen Gerüchten.

Um was handelt es sich heute?

Nur um die Schweiz!“

\* \* \*

Wenn wir zur grundsätzlichen Bestimmung unserer künftigen Haltung die Einstellung gewinnen wollen, aus der allein Lösungen erwachsen können, die dem Lande zum Wohle gereichen, so ist vorerst in Ruhe und Besinnung die Ausgangslage zu prüfen.

Um was handelt es sich?

Noch ist nicht Frieden. Noch ist also die Lage in Europa nicht gefestigt. Abgesehen davon, daß, solange der Krieg andauert, noch Veränderungen eintreten können, die heute gar nicht abzusehen sind, ist auch von einer relativen Konsolidierung Europas noch gar keine Rede. Mögen Viele sich bereits einer eindeutigen Ent-

\*) Sperrungen in den Zitaten von uns.



scheidung gegenüber sehen — es sind zuviele unbestimmte Elemente vorhanden, um heute bereits von einer wirklich festen Basis für die Zukunft zu reden. Zwar liest man schon häufig und viel über eine künftige Ordnung Europas. Auch in unserem Lande haben gewisse Pläne oder Anregungen bereits Anlaß zu Diskussionen gegeben, von denen man nur eines bestimmt weiß: nämlich daß sie verfrüht sind. Gerade in solchen Bereichen darf aber in einem neutralen Lande wie in der Schweiz nicht übersehen werden, daß — solange der Krieg nicht zu Ende ist — das entscheidende Element auch hier, wie auf allen Gebieten die Propaganda darstellt. Alle derartigen Pläne und Anregungen müssen somit unter diesem Gesichtswinkel gewertet und deshalb mit äußerster Zurückhaltung aufgenommen werden. Auch kann von einer endgültigen territorialen Festlegung der europäischen Verhältnisse noch gar keine Rede sein — und diese wäre doch immerhin Voraussetzung für weitergehende Planentwürfe wirtschaftlicher und sozialer Natur. Noch kennt niemand die kommende politische Organisation Europas. Niemand kennt heute die kommenden Grenzen Frankreichs, die für uns wesentlich sind. Niemand kennt sie, weder in Nordafrika, noch in Syrien, noch in Westafrika, noch aber auch an der Seealpengrenze, am Genfersee, westlich der Vogesen, in Flandern, in der Bretagne, am Kanal. Allein bevor über diese Fragen entschieden ist, bevor also die großen Wirtschaftsräume territorial festgelegt sind, erscheint es kaum möglich, verfrühte Dispositionen in dieser Richtung anders denn als Spekulationen anzusehen und entsprechend aufzunehmen. Auch scheinen bei uns nicht wenige voreilige Leute unter dem Eindruck der Zerschmetterung Frankreichs übersehen zu haben, daß Europa schließlich nicht allein aus einem Westen besteht und daß im Osten noch Entscheidendes nicht entschieden ist. Über dem Balkan und seinen Küsten, den Dardanellen, dem Bosphorus, dem Schwarzen Meer zumal, liegt noch der Schleier bewußter diplomatischer Undurchsichtigkeit und gerade die letzten Konferenzen im Rahmen der Achse haben viele jener Entscheidungen einstweilen für eine spätere Zukunft aufgeschoben. Während im weiteren von den künftigen Lebensbedingungen des polnischen Restes, der heute als „Generalgouvernement“ firmiert, nichts bekannt ist, erscheint dahinter als ein riesiger Schatten in der ganzen immensen Zone von Memel bis Cernowiß die Zukunft des deutsch-russischen Verhältnisses. Es ist nicht unsere Sache, zu diesem Problem, dessen Ausmaß zumindest die weltgeschichtliche Größe des deutsch-französischen annimmt, mit voreiligen Ansichtsäußerungen aufzuwarten; das unerläßliche, was indessen dazu zu sagen wäre, betrifft die Tatsache, daß, um bei den wirtschaftlichen Kombinationen zu bleiben, jede Raumspekulation hier völlig versagen muß, bevor nicht die unmittelbare und mittelbare Zukunft dieser Beziehungen abgeklärt ist — vom politischen ganz zu schweigen. Die letzten Entscheidungen über Europas Zukunft sind also noch nicht gefallen.

Allein es hieße Tatsachen nicht sehen und nicht werten wollen oder können, würde man übersehen, daß die geographische Unmittelbarkeit der großen Vorentscheidung, die den Stempel des 25. Juni 1940 trägt, die Zukunft unserer Heimat in ein neues Blickfeld stellen muß. Mögen auch die großen Probleme wirtschaftlicher und sozialer Natur bis zur Konsolidierung Europas in der Schwebe bleiben — durch diese Vorentscheidung ist die machtpolitische Lage am westlichen Rande Mitteleuropas für die absehbare Zukunft abgeklärt und im Sinne einer Neubestimmung entschieden. Diese Tatsache stellt uns vor große Probleme.

Diese Probleme müssen wir lösen. Und sie müssen durch uns gelöst werden — und zwar rechtzeitig — wenn wir die Zukunft unseres Vaterlandes in Freiheit sichern und so unsere Pflicht gegenüber der kommenden Generation erfüllen wollen. Daß diese kommende Generation genau denselben Anspruch auf das Dasein freier Menschen in einem

freien Lande hat, wie wir ihn als selbstverständlich zu übernehmen glaubten, das ist für uns die richtungweisende, die entscheidende, die unabdingbare Verpflichtung, in deren Geiste allein wir die kommenden Probleme zu lösen haben. Hier hat alles andere zurückzutreten.

Wie nun erhalten wir unser Land frei? Wahrhaft frei: also unabhängig nach außen und uns als seine freien Bürger auf freier Scholle?

Einzig durch schweizerische Haltung! Durch unabhängige, nur die Wirklichkeit sehende und in dieser Beziehung aufnahmebereite Einstellung nach außen — durch Selbstbesinnung im innern — durch die Besinnung auf das, was unser Land und seine Söhne frei und glücklich hat werden lassen und so erhalten hat bis zu unserer Generation — durch die Besinnung also auf die reinen Quellen unserer Freiheit: auf unsere einfache, bodenständige, unverfälschte schweizerische Demokratie. Denn aus ihr allein, und damit aus den unvergänglichen Traditionen unserer Geschichte, schöpfen wir die Kraft, die völlig veränderte Lage und die ihr entspringenden Probleme zu meistern. Hier darf es kein Schwanken geben noch Zögern: unsere Zukunft lösen zu wollen, bedeutet für uns das unablässige Spüren nach diesem reinsten Quell. Wo er fließt, da allein erblüht die Freiheit für uns und unsere Kinder!

\* \* \*

Die Voraussetzung für diese rein schweizerische Haltung und Beurteilung der Geschehnisse und ihrer Folgen ist nun in erster Linie ruhige Selbstsicherheit. Allein gerade diese scheint heute Vielen unserer Mitbürger abhanden gekommen zu sein.

Unter diesen Umständen ist die erste Aufgabe der Führung des Bundesrates, deren grundsätzliche Aktivierung wir bereits andeuteten, eine vornehmlich psychologische. Verhindert muß vor allem werden die falsche Ausgangslage. Weil sie schwerste Folgen für unsere weitere Entwicklung haben müßte, ist es Pflicht des Bundesrates, hier einzugreifen.

Als falsche Ausgangslage aber würden wir bezeichnen eine Volksstimmung, die aus der psychischen Reaktion aller derer abgeleitet würde, die, selbst bis zum höchsten Maße kritiklos — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — sich durch Sympathien und Antipathien zu einer völlig falschen Beurteilung der realen Machtverhältnisse verleiten ließen. Es sind dieselben, die glaubten, alles herunterreißen zu müssen, was in Staaten, die sich einer anderen Regierungsform als der Demokratie verschrieben haben, geschah und geleistet wurde. Mit scharfer Entschlossenheit müssen unsere Behörden verhindern, daß sich im Volke unter dem Einfluß solcher irreführender Bürger, die heute direkt vor den Kopf geschlagen sind und jede Orientierung verloren haben, eine falsche Stimmung und eine gefährliche Stimmung, die Stimmung des Defaitismus, zu konzentrieren vermag. Denn das Volk und seine Zukunft sollen nicht die Zehne Jener zu bezahlen haben, die nichts weiter von sich behaupten können, als daß sie eine schöne Zeit hindurch auf's falsche Pferd gesetzt haben.

Viele dieser Leute sind heute auf dem besten Wege, ins andere Extrem zu verfallen. Zu Zeiten, und noch bis vor peinlich kurzer Frist, triefen sie nur so von Demokratie, als deren einzig treue Vertreter, als deren Siegelbewahrer sie sich erkennen wollten. Teils unbewußt, teils aber auch sehr bewußt, unterließen sie es, die Demokratien nach ihrem Ursprung und ihren Erscheinungsformen zu differenzieren und sie auf ihren inneren Wert, auf ihre innere Wahrhaftigkeit zu untersuchen. Für diese Leute war der — und der allein — ein rechter Demokrat, der tüchtig auf die Diktaturen zu schimpfen pflegte und in diese Einheitsfront

wurde willig alles aufgenommen, ob es seinen Kohl im Garten von Väterchen Bolschewismus, in den Barcelonischen Gefilden der Passionaria oder im Parc des Princes des Blum'schen Front Populaire oder in sonst einer „Richtlinien“-Kultur zu bauen liebte. Viele dieser Leute laufen heute Gefahr — zum Teil sind sie schon unterwegs — samt ihrem beträchtlichen Anhang gedankenloser Bürger zu ebenso gedankenlosen Verrätern an der Demokratie zu werden, wie sie diese vordem in ihren phantasiereichen Himmel erhoben. Nationalrat Charles Gorgérat geißelt diese Leute in einem ausgezeichneten Aufsatz „Restons nous-mêmes...“ in der „Gazette de Lausanne“ also:

„Zahlreiche Leute, die sich täglich den Hals mit „Demokratie“ gurgelten, entdecken auf einmal, daß diese Staatsmaxime das größte der Übel bedeutet. Mit Fingern zeigen sie auf die Schwäche und die schlimmen Folgen der demokratischen Einrichtungen. Der „Liberalismus“ ist in ihren Augen ein verschwundener Grundsatz, ein gefährlicher Anachronismus, der sich von seinem grausamen, aber verdienten Sturz nicht wieder erheben wird. Nach dem Rezept dieser Renegaten sollte man die autoritären Theorien der Länder bei uns annehmen, die soeben einen ebenso vollständigen wie blickartigen Sieg davongetragen haben.“

Diese ebenso plötzlichen wie ungerufenen „Bewunderer“ des Autoritären — wer zweifelt daran, daß sie bei einer entscheidenden Wendung der Kriegslage schnurstraks wieder nach der anderen Seite hin umfallen würden? — bilden nun zweifellos eine gewisse Gefahr, auch aus Gründen, die hier nicht einmal angedeutet werden sollen. Der Versuch einer Abreagierung begangener Fehler stürzt die Kritiklosen schnurstraks in neue Irrtümer, und wir nehmen nur dies an: daß ihnen die schlimmen Folgen, die sich für das Gesamte aus ihrer Gedankenlosigkeit ergeben können, nicht bewußt geworden sind.

Die voreiligen und völlig unüberlegten Folgerungen, die von diesen Leuten in Bezug auf eine künftige Organisation des eidgenössischen Staates gezogen werden, sind zudem nicht nur ihrer möglichen Wirkung nach unsinnig, sondern vor allem in der Willkürlichkeit ihrer Begründung völlig verfehlt. Es offenbaren sich hier die Konsequenzen der jahrelang getätigten Verquickung der schweizerischen Demokratie mit den Einrichtungen des parlamentarischen Frankreich und ihre Identifizierung — eines der größten Übel schweizerischer Politik in den Jahren seit den französischen Volksfrontwahlen des Frühjahr 1936, das wir in diesen Hefen als solches je und je charakterisiert und bekämpft haben.

Nicht „die Demokratie“ ist mit Frankreich zusammengebrochen, zusammengebrochen ist vielmehr ein Staat, der in doktrinärem Verbortheit die gesunden Grundsätze demokratischer Staatsauffassung in jahrzehntelanger Praxis ad absurdum geführt und außerdem in persönlicher und gesellschaftlicher Beziehung auch politischen Charakters in weitgehendem Maße der Korruption verfallen war. Die Behauptung, mit Frankreich sei die Demokratie zusammengebrochen, ist — darüber sollte nach zehnmonatiger Kriegserfahrung doch eigentlich niemand mehr im Zweifel sein — nichts weiter als eines der unzähligen Beispiele reiner Kriegspropaganda und als solche verdient sie auch gewertet zu werden. Übrigens hat sich bis heute England „trotz“ seiner demokratischen Einrichtungen als ein recht ernst zu nehmender Gegner der totalitären Mächte erwiesen und die Vereinigten Staaten sind im Begriff, aus ihrer Demokratie ein in maritimer wie aviatischer Beziehung nachgerade recht ansehnlicher Machtfaktor zu werden. Und wir sollen uns durch den Duft dieser Blüten am Baume der Propaganda betören lassen? Sind die Leute, die diese ebenso erstaunliche wie wider-

liche „Wandlung“ durchgemacht haben, so schnell dem Nervenkrieg erlegen und so gründlich, daß es nur des ersten Windstoßes bedurfte, sie umzuwerfen?

Ihnen schreibt Prof. Marbach in der „Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung“ dieses ins Stammbuch:

„Daß die großen militärischen Erfolge des totalitären Deutschland über das (allerdings nicht in unserem Sinne) demokratische Frankreich auch uns Schweizer zum Nachdenken anregen, ist selbstverständlich in Ordnung. Aber dieses Nachdenken darf nicht rein gefühlsmäßig erfolgen. Etwa in dem Sinne, daß man die Niederlage Frankreichs so interpretiert, als wäre sein Versagen dasjenige der demokratischen Staatsform schlechthin, im Grunde der Dinge also auch das unsrige. Wenn wir es vorher nicht wußten, so wissen wir es jetzt, daß Frankreich in einer Art defekt war, wie wir es nicht für möglich gehalten hätten. Frankreichs Niederlage ist die Niederlage eines politisch und sozial zersetzten Staates, nicht die Niederlage der Demokratie schlechthin . . .

. . . Wir haben Anstrengungen zu unternehmen und wir haben zu lernen. Aber das kann man doch befürworten, ohne damit eine „Vernütigung“ der eigenen Leistungen zu verbinden. Wir haben hier immer gesagt, daß unsere Demokratie trotz mancher Fehler und Langsamkeiten im Kern urgesund ist. Das hat sich gerade darin gezeigt, daß das schweizerische Bürgertum sich der Notwendigkeit großer Sozialleistungen nicht verschlossen hat, wogegen der Arbeiter in militärischen Dingen rasch umlernte und den unzeitgemäßen französischen Unsinn vom Sechsstundentag keinen Augenblick mitmachte. Unsere Landesausstellung, die Ausländern einen so großen Eindruck gemacht hat, namentlich auch in Bezug auf die Sozialleistungen, ist in ihren Hauptteilen zwei Tage vor Beginn fertig gewesen. Die Pariser Ausstellung teilweise erst zwei Tage vor Schluß.

Es ist zu verstehen, daß derjenige, der auf Reisen geht und in einem Lande Palmen findet, wo er keine erwartet hat (! Schriftleitung), sich ob dem Neuen, Unerwarteten in Staunen versetzen läßt und merkt, daß es in der Welt allerlei zu lernen gibt. Aber das erlaubt ihm nicht, zu behaupten, daß es bei ihm zu Hause, in der Schweiz, keine Bäume gebe.“

\* \* \*

Dabei kann es aber keineswegs im Sinn der zitierten Ausführungen, weder der Marbach'schen noch derer des Herrn Gorggerat liegen, noch auch ist es im mindesten Sinn und Zweck unserer eigenen Stellungnahme, es solle nun unsere eidgenössische Demokratie von dem Neuen, das über Europa gekommen, einfach keine Notiz zu nehmen, ihm vielmehr durch Verharren in allen ihren alten, zum Teil verhärteten Formen völlig negativ begegnen. Eine derart lebensferne und in letzter Linie durchaus philiströse Einstellung zu einer der größten Umwälzungen der Geschichte müßte zwangsläufig ein schlimmes Ende für unser Land in sich tragen. Also nicht verknöcherte Verbohrtheit und eiskalte Passivität gegenüber dieser beispiellosen Umwälzung, sondern jugendfrische, bewegliche, aber auch angreifige Auseinandersetzung mit ihren Ideen aus dem festen Stand unserer demokratischen Weltanschauung heraus! Auch wäre kaum ein Irrtum größer als der, zu glauben, wir könnten den kommenden schweren Zeiten, die nie gesehene Anforderungen an die Staatsführung stellen werden, ohne eine Reform unserer Demokratie begegnen. Der bewegende Aufruf des Bundesrates vom 25. Juni 1940 hat uns deutlich erkennen lassen, daß davon keine Rede sein kann. Wir sind uns völlig klar darüber, daß die oft schwerfälligen Funktionen unserer Organisation wesentlich beweglicher gestaltet werden müssen, ihre Führung aber entschlossener, schärfer, zielsicherer

sein soll. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir zu diesem Zweck unsere in jahrhundertelanger Entwicklung bewährte Plattform verlassen müßten! Im Gegenteil: nichts wäre der Zukunft unseres Landes und der Standfestigkeit unseres Volkes abträglicher! Reform der Demokratie: ja — weltanschauliche Experimente: nein! Wir wollen und werden unser Haus umbauen, um es so gegen die Not der Zeit gefestigter, widerstandsfähiger zu machen, gewiß. Aber wären wir verblendet genug, zu einer Zeit, da draußen die Stürme toben, unser Haus zu verlassen, im Ungewissen umherzuirren, um ein neues zu suchen, und uns so dem sicheren Untergang auszusetzen? Indem wir uns entschlossen aus dem unseligen Irrtum lösen, in den viele unserer Mitbürger verstrickt waren, Demokratie = Demokratie zu setzen und damit unser Land und seine Einrichtungen virtuell mit in den Strudel des unsagbaren Unglücks Frankreichs reißen zu lassen — indem wir uns so wieder ganz auf uns selbst besinnen, werden wir mutig werden und stolz zugleich. Dann erst werden wir erkennen, welches Kleinod wir mit unserer demokratischen Weltanschauung im Herzen tragen und viele von uns werden sich innerlich schämen und selbst bestürzt erkennen, wie nahe sie dabei waren, unsere unschätzbaren Freiheiten, um die uns viele Völker beneiden, im Zustand einer komplexbedingten Geistesverwirrung von uns zu werfen! In einem ausgezeichneten Aufsatz in der „Gazette de Lausanne“ schreibt hierzu Nationalrat Picot unter dem Titel „Die neue Zeit“:

„Darüber wollen wir uns klar sein: wir werden die neuen Zeiten nicht erobern auf der Suche nach einer neuen, vom Ausland übernommenen Mythik. Die Schweizer dürfen den Irrtum derer nicht wiederholen, die 1798 die französische Mythik kopieren und auf einen Schlag die eine und unteilbare helvetische Republik schaffen wollten. Der Versuch mißlang so kläglich, daß der damalige Herr der Stunde, Bonaparte, selbst den Eidgenossen ihre wahren Überlieferungen in Erinnerung rufen und sie dazu bringen mußte, die Helvetik aufzugeben und die Mediationsakte anzunehmen. . .

Die Schweiz, die den Bundesbrief von 1291 nachlesen und die Lehren ihrer Geschichte beherzigen kann und weiß, aus welcher Quelle ein Dufour und ein Ruma Droz ihre Kraft geschöpft haben, braucht es nicht bei jeder Wendung der europäischen Geschichte mit einer neuen Weltanschauung zu versuchen, wie man etwa ein neues Mittelchen probiert.

Zwischen den Bolschewismen von 1918 und den Totalitarismen von 1940 gibt es einen mutigen, realistischen Zwischenweg, einen Weg der Disziplin, der Solidarität und des Glaubens — und das ist die ewige Mythik unserer schweizerischen Demokratie. Sie aufzugeben, liegt gar kein Grund vor, weniger als je.“

Jetzt handelt es sich darum, daß wir Charakter zeigen. Und das heißt nun in erster Linie, daß wir in den Zeiten des Umbruchs und der Not nicht die Güter aufgeben, auf deren Besitz wir je und je stolz waren und die allein schließlich das Leben lebenswert machen: Freie Entscheidung der Bürger in allen großen Fragen der Gemeinde, des Kantons, des Bundes; des Bürgers Recht, selbst Gesetze vorzuschlagen; Freiheit des Gewissens, Freiheit des Glaubens, Respekt vor der Sphäre des Individuums und der Familie — wir können sie nur aufgeben, indem wir uns selbst aufgeben!

Auch ist es notwendig, an die äußeren Rückwirkungen zu denken, die solch ein Verhalten mit Sicherheit nach sich ziehen würde. Wir glauben, durch

zahlreiche Besuche im Dritten Reich, bei offiziellen und anderen Gelegenheiten und durch viele Unterhaltungen gerade politischer Natur über eine gewisse Kenntnis des Nationalsozialismus und seiner Vertreter und der Menschen zu verfügen, die er erzeugt. Der Nationalsozialismus liebt keine Imitation. Auch wünscht er keineswegs, in der ganzen Welt kopiert zu werden. Er ist keine Exportware. Bei unzähligen Unterhaltungen im Dritten Reich haben wir stets unsere demokratische Überzeugung gegenüber der nationalsozialistischen rückhaltlos vertreten, ohne jemals den geringsten Schwierigkeiten zu begegnen. Wie müßten wir selbst uns denn eigentlich vorkommen, wenn wir uns nun plötzlich Staatsideen in die Arme werfen würden, die weder unseren Traditionen, noch unserer Geschichte entsprechen und die mit dem föderativen Aufbau der Eidgenossenschaft unvereinbar sind? Oder wollen wir vielleicht unser Land in einen totalitären Einheitsstaat verwandeln und so den Sinn unserer Geschichte, unserer europäischen Existenz, unsere Staatsidee verleugnen? Und — was gewisse äußere Rückwirkungen angeht — darf man darauf hinweisen, welche Ausnahme die Reformen des Marschall Pétain bei den totalitären Staaten gefunden haben?

„Wenn wir schon durchaus etwas von den Siegern lernen wollen,“ schreibt Nationalrat Picot in dem erwähnten Aufsatz, „dann darf es jedenfalls nicht ihre totalitäre Mystik sein, der man in einem auf der Verschiedenartigkeit der Bekenntnisse und der Sprachen aufgebauten Lande unmöglich nachleben kann; dann wollen wir uns lieber die Eigenschaften zum Vorbild nehmen, von denen man weniger gehört hat, die aber vielleicht die wahre Ursache ihres Erfolges sind: die individuelle technische Zuverlässigkeit, die auch die geringsten Einzelheiten nicht vernachlässigt und der Gesamtheit eine erstaunliche Kraft gibt; ferner die Fähigkeit, auf sozialem Gebiet rasche und gültige Entscheidungen zu treffen. Um diese beiden Eigenschaften, die dem Geist unseres Volkes gar nicht zuwiderlaufen, zur Entfaltung zu bringen, brauchen wir uns keiner fremden Mystik anzupassen.“

Nein! Was unsere Beziehungen zu den Siegerstaaten betrifft, so hat sich unsere künftige Haltung nicht im Sinne einer Revision unserer Staatsauffassung, sondern auf einem ganz anderen Felde auszuzeichnen. Sorgen wir dafür, daß dort Remedur geschaffen wird, wo jahrelang gefehlt wurde! Seien wir uns bewußt, wie wenig Verständnis ein großer Teil unserer öffentlichen Meinung und ihrer Organe stets den Entwicklungen des Faschismus und des Nationalsozialismus entgegengebracht haben — mit welcher Überheblichkeit und Anmaßung hier vielfach Urteile „gefällt“ wurden und daß wir vielfach ein recht selbstgefälliges kleines Volk gewesen sind. Die „Umstellung“ hat also dort zu erfolgen, wo gefehlt wurde und nicht dort, wo wir im Grundsätzlichen auf dem richtigen Wege waren!

Nicht weltanschauliche Experimente stehen heute zur Diskussion; — — Disziplin halten, ist das Gebot der Stunde! Die Presse mag sich bei der Beurteilung der Verhältnisse außerhalb unserer Grenzen erhöhte Zurückhaltung auferlegen; wir wollen einmal etwas mehr vor unserer eigenen Türe wischen! Unpöbeleien von Ausländern oder von Wagen mit ausländischen Nummern, die immer noch vorkommen sollen, sind endlich mit brutaler Rücksichtslosigkeit abzustellen. Vor allem aber ersuchen wir den Bundesrat, er möge endlich gegenüber gewissen Politikern, deren Verhalten nur als verantwortungslos gegenüber ihrem Land bezeichnet werden kann, radikale Maßnahmen treffen. Es genügt, hier auf eine im Juli 1940 erschienene Broschüre zu verweisen. Es genügt aber nicht, daß man sich in diesem ungeheuerlichen Fall auf Beschlagnahme beschränkt hat, anstatt Sanktionen gegen den verantwortungslosen Verfasser zu ergreifen, der zudem Präsident einer wichtigen Kommission ist. Man wird oftmals das Gefühl nicht los, daß gewisse

Leute an verantwortlicher Stelle leichtfertig und unüberlegt genug sind, mit ihren Handlungen die Gefahr größten Unheils über unser Land heraufzubeschwören, das zu vertreten sie aber, träte das Unglück einmal ein, bestimmt entrüstet ablehnen würden.

Disziplin halten ist heute unsere erste Pflicht. Dazu gehört in erster Linie, daß wir unsere Worte, unsere Handlungen, unser ganzes Verhalten stets darnach richten, daß daraus dem Lande niemals Schaden erwächst. Es ist im Augenblick viel wichtiger, auf diesem einfachen und praktischen Gebiet die notwendige Ordnung zu schaffen, als weitfernen und durchaus müßigen staatspolitischen Spekulationen nachzujagen.

\* \* \*

Unsere Lage, unsere Pflichten?

In seiner Ansprache an der Sempacher Schlachtfeier 1940 sagte unser General weiter:

„Die alten Parteistandpunkte sind überlebt. Heute geht es nicht mehr um unsere Neutralität, sondern um die **Unabhängigkeit** unseres Landes. Dazu braucht es den Willen zum unbedingten Durchhalten, koste es, was es wolle. Das Volk und das Ausland müssen sich den Ruf der Höhenstraße vor Augen halten: „Die Schweiz kann, will und muß sich verteidigen.“ Sempach ist uns heute noch ein lebendiges Vorbild.

Erstes Gebot ist, daß wir uns selbst bleiben. Zweifellos müssen wir uns an die neue Zeit anpassen. Aber diese Entwicklung muß aus uns selbst herauswachsen.

Unsere Aufgabe ist:

- den Geist der alten Schweiz zu schirmen,
- unsere vollständige **Unabhängigkeit** im Fühlen und Denken zu bewahren.

Schweizerisch denken, schweizerisch handeln und leben in Bescheidenheit, schweizerisch arbeiten — das wird unsere Rettung sein.“

Wir wollen uns diese Worte zur Richtschnur nehmen. In eine neue Zeit gestellt, inmitten einer europäischen Umwälzung, wollen wir stark und entschlossen sein, damit wir freudig unseren schweizerischen Beitrag an die neue Zeit leisten können. Ein anderes kleines Volk, hoch im Norden, gab uns vor kurzem das Beispiel. Es genügt, diesem Beispiel zu folgen. Nach heldenhaften Kämpfen, nach unsäglichen Opfern sah sich **Finnland** geschwächt, fast erschöpft, in eine neue, völlig veränderte Lage gestellt. Allein zu keiner Stunde wäre es verzweifelt; auch dachte es nicht daran, den Kopf hängen zu lassen. **Unverzüglich** ging es an die Arbeit. Nicht eine Stunde empfand es Resignation: wenige Tage, nachdem der Friede unterzeichnet war, der ihm so große Opfer kostete, ließ das Land bereits wieder neue Klassen von Reservisten zur weiteren Ausbildung einberufen — als ob nicht ein verlorener Krieg mit allen seinen Folgen das Land belastete, als ob nicht die Aussichten für die weitere Erhaltung seiner Unabhängigkeit durch die Unerfättlichkeit eines unvorstellbar stärkeren Nachbarn stark gefährdet erschienen. Finnland ließ sich nicht entmutigen.

Wir wollen uns den Geist der Finnen zu eigen machen.

\* \* \*

Die künftige politische Organisation Europas liegt noch völlig im Dunkel. Sie wird, wir sind uns klar darüber, von Berlin und Rom bestimmt werden. Welche Rolle uns in dieser neuen europäischen Ordnung zugedacht ist, können wir heute nicht wissen. Aber wir können sie vermuten.

Die Schweiz ist als einziger Staat in Europa seit dem Wiener Kongreß territorial unberührt geblieben. Sie selbst hat es stets verschmäht, ihr

Territorium zu erweitern oder auch nur die geringsten Korrekturen daran vorzunehmen. Vielleicht liegt darin mit ein Grund ihrer heutigen territorialen Unverehrtheit.

Die Schweiz hat aus ihrem einzigartigen Aufbau eine ewige Aufgabe. Sie ist der Mittler zwischen den geistigen und materiellen Gütern Deutschlands, Italiens und Frankreichs. Der Berliner Mitarbeiter einer finnischen Zeitung bezeichnete unlängst unser Land als Vorbild eines kommenden europäischen Föderalismus, eines großen europäischen Lebensraums unter Führung Deutschlands und Italiens, in dem die Völker und Rassen in Friede, Eintracht und Ordnung zusammenleben, wie die vier Rassen unseres Landes. Eine solche Organisation dürfte sich bei dem vom Reiche erwarteten Ablauf der kriegerischen Ereignisse mit Wahrscheinlichkeit verwirklichen. Allein die Schweiz kann ihre europäische Aufgabe, die nicht eine willkürliche Fiktion im Hinblick auf die Zukunft ist, sondern eine geschichtlich erhärtete und bewährte Tatsache, nur als souveräner Staat erfüllen.

Es ist zum guten Teil unsere eigene Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß wir als souveräner Staat erhalten bleiben. Die Aufgaben des kommenden Europa kann nur ein starkes, in sich geschlossenes, dem Neuen aufgeschlossenes Volk bewältigen, will es frei mitwirken als Subjekt ihrer Lösungen und sich davor bewahren, Objekt dieser Lösungen zu werden.

Der notwendige Umbau des Staates und die Richtung seiner Politik sollen nach den Worten geschehen, die der General in Sempach gesagt hat. Die Voraussetzungen liegen klar zu Tage. Den Neubau aus eigener Initiative mit unserer ganzen frischen Tatkraft sofort zu beginnen, das ist die Pflicht der heutigen Stunde.

\* \* \*

### Unsere Aufgaben?

Primat der Außenpolitik! Allzu oft in der schweizerischen Geschichte der letzten Jahre sind die Erfordernisse der Außenpolitik durch den Gang zu innerpolitischen Experimenten, dem sich Parteien, Gruppen und „Bewegungen“ hingaben, nicht auf den ihnen zukommenden ersten Platz gestellt worden. Inzwischen hat sich auf dem Kontinent ein machtpolitischer Umsturz vollzogen, dessen Ausstrahlungen nicht wohl einen Staat stärker berühren können, als den einzigen neutralen Kleinstaat Mitteleuropas, die Schweiz. In erster Linie ergibt sich daraus für uns die lebensnotwendige Verpflichtung, das Primat der Außenpolitik unverzüglich wieder herzustellen.

Nun kann es wohl kaum eine schwerere Aufgabe geben für unser Volk, als die der Einfühlung in die neue außenpolitische Situation. Denn sie bedeutet in Wahrheit das Verlassen einer historisch gewordenen Grundlage. Diese Grundlage war uns durch das Gleichgewicht der europäischen Mächte bestimmt. Dieses Gleichgewicht der Mächte aber ist unter den Schlägen des Sommers 1940 vernichtet und an seine Stelle trat die klare Alleinherrschaft einer Mächtegruppe in den mittleren und westlichen Sphären des europäischen Kontinents. Diese Tatsache bildet die reale Grundlage der künftigen schweizerischen Außenpolitik.

Allein den lebenden schweizerischen Generationen ist diese Konstellation der Kräfte völlig neu und fremd. Sie klaren Blicks zu erkennen und die gegebenen Folgerungen für die kommende schweizerische Außenpolitik ohne jede Überstürzung, mit innerer Sicherheit, Mut und Zuversicht ruhig ins Auge zu fassen, ist die schwerste kommende Aufgabe für unser Volk — und sie ist umso schwerer, als die Träger der neuen Macht zugleich die Träger einer fremden Weltanschauung und einer fremden Staatsidee sind: Der Charakter dieser Gründe ist zu schwerwiegend,



als daß sich das Schweizervolk mit dieser neuen Lage heute und morgen abzufinden vermöchte. Seit 125 Jahren war das Gleichgewicht der Mächte die historische Maxime unseres Volkes. Eingewurzelte historische Tatsachen lassen sich nicht in ein paar Tagen durch neue ersetzen.

Primat der Außenpolitik! Möge gerade hier der Bundesrat mit klarer Führung eingreifen, unserem Volke den Weg zur seelischen Gewöhnung zu zeigen, ohne ihm die Selbstsicherheit zu nehmen! Die Aufgabe ist gewiß nicht leicht, allein, wer unser Volk kennt, weiß, daß sie dankbar ist.

Wenn wir gegenüber den neuen Tatsachen unser ruhiges Urteil, vor allem unsere gut-schweizerische Haltung bewahren — und nur dann — werden wir die richtige Einstellung ohne allzugroße Schwierigkeiten in uns aufnehmen, zumal wir Schweizer, in der klaren Luft unserer demokratischen Freiheit erzogen, uns ein selbständiges politisches Urteil wohl zutrauen dürfen. Will jemand daran zweifeln, der die wesentlichen eidgenössischen Volksabstimmungen der letzten zehn Jahre erlebt hat? Unser Volk verfügt bei allen seinen Fehlern über einen Grad politischer Reife, um den manch' andere Völker es beneiden mögen. Diese politische Erziehung, in Generationen gleichlaufend geübt, wird dem Schweizervolk heute jene Haltung verbürgen, über die es zur inneren Einstellung auf die neue Lage verfügen muß: es wird über diese Haltung verfügen, wenn es entschlossen ist, der neuen Lage klaren Blickes, frei und tapfer zu begegnen.

Primat der Außenpolitik! Unser klarer Blick wird uns nicht allein die neuen Machtpositionen, sondern auch unsere Mission im neuen Europa erkennen lassen. Das Schweizervolk wird bereit sein, seine Aufgabe zu erfüllen. In geistiger und ökonomischer Beziehung wird es seinen Beitrag zum Aufbau Europas leisten. Wir wollen und können uns nicht geistig isolieren. Neue Ideen haben noch nie vor den Schweizer Grenzpfählen Halt gemacht! Als freie Menschen in einem freien Lande werden wir sie entgegennehmen, ihnen unsere eigenen Werte gegenüberstellen, sie verarbeiten. Wir werden uns mit ihnen auseinandersetzen und von ihnen das aufnehmen, was unseren freien Einrichtungen entspricht und ihrer Entwicklung dienlich sein kann. Und wir haben diese Auseinandersetzung gewiß nicht zu fürchten! Denn wir erscheinen auf dem geistigen Kampfplatz mit einer historisch in über 600 Jahren gut bewährten demokratischen Überzeugung, die schon manche Umwälzung überstanden hat, ohne an ihren wirklichen Werten, auf denen unser freier Staat ruht, Schaden zu nehmen. Auch was den wirtschaftlichen Neuaufbau Europas betrifft, so wissen wir wohl, daß wir Viel zu bieten haben. Die schweizerische Produktionsfähigkeit in Leistung und Qualität, die Qualität ihrer Arbeitskräfte, ihre Erfindergabe und nicht zuletzt ihre finanzielle Kapazität, die sich in großen, über die ganze Welt gespannten Unternehmungen kundgibt, sind ein Zeichen bewährter wirtschaftlicher Stärke, die wir dem neuen Europa zur Verfügung stellen.

Das Schweizervolk wird sein Verhältnis zu seinen mächtigen Nachbarn gut zu gestalten trachten. Gewiß hat der Radikalismus der umstürzenden Ideen, die unseren Überzeugungen in wesentlichen Punkten fremd sind oder ihnen nicht entsprechen, die ideellen Beziehungen, zumal zu unserem nördlichen Nachbarn, oftmals beeinträchtigt. Man wird, spürt man den Ursachen dieser Haltung nach, jenem großen Teil gerade der Bevölkerung der deutschen Schweiz zugute halten, daß unser Volk das ihm kulturell aufs engste verwandte und befreundete Volk nicht nur neue, sondern ihm oft unfaßliche Wege gehen sah, während leider schweizerischerseits in mancher Beziehung Übertreibung und Verständnislosigkeit die Beziehungen unnötig erschwerten. Gerechtigkeitsinn, Verständnis für die großen historischen Wahrheiten, das Bewußtsein enger kultureller Verbundenheit der deutschen Schweiz mit dem Reiche,

vor allem aber eine eiserne Disziplin werden hier das Nötige vorkehren. Hüter dieser Disziplin ist der Bundesrat. Möge er eine starke Hand zeigen! Möge er aber auch jenen Zeitgenossen mit Entschlossenheit begegnen, die, weil sie im Nebel den Weg nicht finden, feiges Umfallen predigen und so den Ruf des Schweizervolkes vor den siegreichen Völkern schmähhlich in den Staub ziehen!

Allein alle unsere Bereitschaft, im neuen Europa offenen Auges, offenen Herzens und freudig nach Kräften mitzuarbeiten, ist unlöslich und für immer bedingt durch die Anerkennung unserer Selbständigkeit und gebunden an die Erhaltung unserer Freiheit. Als eine Gemeinschaft guten Willens wird sich das Schweizervolk freudig der kommenden Arbeit widmen — als verschworene Gemeinschaft äußersten Widerstandes wird es jedem Angriff auf seine Unabhängigkeit, ohne jede Rücksicht auf die Folgen, begegnen. Wenn das Schweizervolk in den kommenden Tagen die Bedingungen des Zusammenlebens im neuen Europa und damit seines eigenen Lebens mit seinen mächtigen Nachbarn prüft und verhandelt, dann wird es seine Mitarbeit als freies Volk anbieten, das tief im Herzen das Vermächtnis seiner großen Geschichte, das unverlierbare Bewußtsein seiner Ehre trägt.

\* \* \*

Wenn nun die Führung des Bundesrates die Maßnahmen ergreift, die den Erfordernissen der Stunde angemessen sind — es werden Maßnahmen mit sofortiger Wirkung und Maßnahmen auf längere Sicht in Betracht kommen —, so wird ihm das Schweizervolk folgen. Doch soll die Verfügung gerade der grundlegenden unter ihnen stets Rücksicht darauf zu nehmen haben, daß unser Volk noch tief unter dem Eindruck der umwälzenden Ereignisse steht, die sich in Europa zugetragen haben. Und deshalb könnte wohl keine Maßnahme verhängnisvoller sein als die im Volke das Vertrauen auf die guten Grundlagen unseres Staates erschüttern würde. Und es wird jedem Schritt als leitender Gedanke die Überlegung voranzugehen haben, daß alle Anstrengungen, gleich nach welcher Richtung sie getroffen werden, vergeblich wären, wenn nicht in erster Linie die Selbstsicherheit des Volkes bewahrt wird und sein unbedingter Widerstandswille erhalten bleibt.

\* \* \*

Mannigfaltig sind die Vorschläge und Anregungen, die Tag für Tag in der Öffentlichkeit, in den Blättern aller Richtungen erscheinen, diskutiert werden und teils auch wieder verschwinden. Hier ist ruhige Abklärung vorerst das Haupterfordernis; weitgehende Auseinandersetzungen führen kaum zum Ziel.

Dringlich, also im Sinne eines Sofortprogramms zu verwirklichen, wären folgende grundlegende Maßnahmen:

1. Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund und Entfernung seiner politischen Abteilungen vom schweizerischen Territorium.

Mit der Vernichtung des europäischen Gleichgewichts ist die Grundlage der bisherigen schweizerischen Staatsmaxime eine andere geworden. „Unabhängigkeit ersetzt Neutralität“, sagte der General. Die Anwesenheit im Völkerbund, in dem heute außereuropäische Mächte den Ausschlag geben, ist geeignet, unsere Unabhängigkeit zu gefährden. Unsere neue Aufgabe auf dem Kontinent verlangt den Austritt. Sinngemäß muß dafür Sorge getragen werden, daß die politischen Institutionen des Völkerbundes das schweizerische Territorium verlassen, während selbstverständlich die weitere Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes und der übrigen nichtpolitischen Institutionen unbehindert bleiben.

2. Die Heranziehung neuer Kräfte in den Bundesrat und in die wichtigsten Ämter. Eine teilweise personelle Reorganisation des Bundesrates sollte in der Septembersession der eidgenössischen Räte vollzogen werden.

3. Intensivierte und beschleunigte Durchführung gewisser Grundsätze der schweizerischen Pressepolitik.

4. Öffentliche Rehabilitierung jener Personen, die unverschuldet und vor der Öffentlichkeit Strafverfahren politischer Natur unterzogen wurden. Hier handelt es sich um ein Problem des Rechtsstaates. Es wurden in zahlreichen Fällen Strafverfahren, auch wenn es sich nur um die Einleitung einer Untersuchung handelte, mit voller Namensnennung in der Presse behandelt und die Angeeschuldigten mit schweren Anwürfen bedacht. Viele solche Fälle endeten mit der Einstellung des Verfahrens. Während aber vordem die Einleitung der Untersuchung in gewissen Blättern in aller Breite behandelt worden war, wurde die Einstellung vielfach nur mit einer unbeachteten Notiz vermerkt oder ganz verschwiegen. Die Gerechtigkeit verlangt, daß in den betreffenden Fällen Rehabilitation vor der Öffentlichkeit erfolgt. Diese Maßnahme ist zur Befriedung unseres politischen Lebens unbedingt erforderlich.

\* \* \*

Die Reformen, die auf längere Sicht getroffen werden sollten, lassen sich zur Zeit noch nicht übersehen. Sie werden veranlaßt und bedingt durch die Aufgabe, die nationalen Kräfte der Schweiz im Hinblick auf ihre Stellung im neuen Europa auf's höchste zu intensivieren. Allein hier ist der Wirrwarr der Meinungen noch groß. So mögen einige Hinweise genügen.

Vor allem muß wegleitend sein der Gedanke, daß nicht bewährte Einrichtungen aufgegeben werden. Zu diesen aber gehört das Recht der Bürger, sich zu versammeln und die kommenden Aufgaben zu besprechen. Der demokratische Staat verträgt viele Reformen, wenn dem Volke Gelegenheit gegeben wird, seine Meinung zu sagen.

Der Aufruf des Bundesrates vom 25. Juni 1940 kündigt die Verstärkung der Führung an. Er hat deswegen viel Opposition gefunden. Zu Unrecht, wenn die Führung wirklich Führung wird und nicht zu einem Polizeiregime ausartet oder einfach in eine Anschwellung der Verwaltungsbürokratie ausmündet.

Es wird sich nun darum handeln, daß wir in erster Linie jene Mängel unserer politischen Funktionen, die als solche im Grunde längst erkannt sind, deren Beseitigung aber in normalen Zeiten an allen möglichen Rücksichtern immer wieder scheiterte, unter dem drängenden Druck der gewaltigen Anforderung, die diese Zeit an uns stellen wird, beheben. Dazu aber gehört vor allem die endliche Sicherstellung der prompten und ziel-sichern Funktion unseres Staatslebens, also die Fähigkeit, die zeitbedingten Entschlüsse rasch und bestimmt zu fassen, so wie die Erfordernisse der Stunde sie verlangen. Das aber bedeutet, daß nun dem bisherigen Parteibetriebe ein Ende bereitet werden muß. Wenn die Reform hier entschlossen einsetzt, ist schon viel gewonnen.

Es kann sich aber dabei nicht um die Beseitigung der Parteien oder um die Abschaffung des Parlamentarismus handeln. Beide gehören nun einmal zu den notwendigen Funktionen des demokratischen Staates, sobald seine Dimensionen die räumliche Zelle des Staatsaufbaus, die kleine Gemeinde, überschreiten. Wie sollte der Wille des Volkes seinen Ausdruck finden, wenn man die hierfür bestimmten Organe beseitigen wollte? Drückt sich nicht in ihrer Existenz zu einem guten Teile die Souveränität des Volkes selbst

aus? Das Recht des Volkes, seinen Willen gemäß der Überzeugung des Einzelnen kundzugeben, die Organisation der Gleichgesinnten in bestimmten Gruppen, eben den Parteien, ist eines der wesentlichen Elemente des freien Staates. Allein schon der Versuch seiner Beseitigung würde gerade auf dem Lande auf eine scharfe grundsätzliche und berechtigte Ablehnung stoßen. Denn das Volk hängt an seiner Souveränität und wacht eifersüchtig über sie. Nicht Aufhebung der Parteien — Änderung des Menschen tut not. Und es sollte nun, so könnte man annehmen, unter den heutigen verantwortungsreichen Umständen der Führung nicht allzu schwer fallen, uns Bürgern jenen neuen Geist einzupfropfen, der das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit und die Abkehr von der Demagogie, dem größten Feind der Demokratie, in sich trägt. Gelingt es, den Geist der Demagogie zu überwinden, so ist für den Neubau des Staates schon viel gewonnen. Wer sich gewisser Umstände bei der letzten Bundesratswahl erinnert, als es um die Ersetzung des Herrn Obrecht ging, weiß, was damit gemeint ist.

Schon regt sich nun allenthalben der Wille, die Parteiungen zurückzustellen und sich zu „Arbeitsgemeinschaften“ zusammenzuschließen. Damit kann bestimmt vorerst etwas erreicht und die Führung erleichtert werden. Allein es läßt sich voraussehen, daß diese wohlgemeinten Maßnahmen genau bis zu jenem Zeitpunkt ihre Gültigkeit behalten werden, da die größten Schwierigkeiten der Lage andauern, und keinen Tag länger, — wenn nicht grundsätzlich etwas geändert wird, an der Basis. Wir glauben wohl, daß es eine Lösung gäbe und ihre Verwirklichung scheint uns sogar eines der ersten Ziele des Programmes auf längere Sicht im Neubau unseres Staates werden zu sollen: die Abschaffung der Verhältnisse.

\* \* \*

Seitdem wir unter dem Regime der Vollmachten leben, hat sich bereits eine Praxis herausgebildet, durch die den Parteien eine wohlthuende Bescheidung auferlegt wurde. Man wird gut tun, auf diesem Wege fortzuschreiten. In der Vollmachtenkommission hat der Bundesrat ein Organ erhalten, das bei richtigem Ausbau die bisherige schwerfällige Funktion des Parlamentes weitgehend zu ersetzen geeignet ist. Es soll nun eine Art „politischer Generalstab“ geschaffen werden, der dem Bundesrat in seinen Entschlüssen zur Seite steht und wo dieser seine Erwägungen offen darlegen kann, was leider unter den heutigen Umständen vor der Öffentlichkeit des Parlamentes nicht in allen Fällen tunlich erscheint. Allerdings gehören in diesen „politischen Generalstab“ in erster Linie Sachleute, Männer der Wirtschaft, Männer mit internationalen Beziehungen und weniger Parteistrategen. Wenn Ausbau und Organisation dieses „politischen Generalstabes“ nach solchen Gesichtspunkten erfolgen und ein zu großer Andrang zu dieser Stelle vermieden werden kann, erhält der Bundesrat ein zweckmäßiges Organ und wird gleichzeitig in seiner Führungsaufgabe gestärkt und in seinen Entschlüssen freier.

\* \* \*

Die nächste Zukunft wird unsere auswärtigen Beziehungen zu einem großen Teil nach der wirtschaftlichen Seite in Anspruch nehmen. Die wirtschaftliche Organisation des neuen Europa wird unter der Führung des Deutschen Reichs erfolgen. Die Gesichtspunkte, die der deutsche Reichswirtschaftsminister, Funk, hierüber entworfen hat, geben bereits ein Bild der großzügigen Absichten, die verwirklicht werden sollen. Es ist dabei erfreulich, festzustellen, daß die deutsche Staatsführung nicht nur an ihr eigenes Land, sondern an eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Kontinents denkt. Umso mehr wird sich die Schweiz nach Kräften an dieser neuen Organisation beteiligen. Eine staatliche Lenkung der Wirtschaft wird sich unter den neuen Umständen auch in unserem Lande in verstärktem Maße als unvermeidlich erweisen.

Doch auch hier, wie auf den übrigen Gebieten, möge der bewährte Grundsatz unseres politischen Lebens in Ehren gehalten werden, nach dem die staatliche Einflusnahme auf das unerläßliche Minimum beschränkt werden soll. Eingriffe schwerwiegender Natur haben sich unter dem Einfluß des Krieges auch bis heute nicht vermeiden lassen. Es ist aber darauf Bedacht zu nehmen, daß die Erfordernisse des Einfügens in die neuen europäischen Verhältnisse nicht ohne Not zu einer Verstärkung des staatlichen Apparates benützt werden. Die Diskussion um die kommende „Planwirtschaft“ hat solche Bestrebungen zweifellos bereits gefördert. Wir hoffen, daß die Reise der freien Wirtschaft sich noch rechtzeitig regen werden, damit gewisse unbestreitbare Erfordernisse nicht zum Vorwand für eine hemmungslose Aufblähung unserer Bundesbureaufratie genommen werden, womit unser „Neuaufbau“ eine eigentümliche und höchst unerwünschte Wendung nähme. Gewisse Erfahrungen mit kriegswirtschaftlichen Ämtern mahnen übrigens zur Vorsicht. Wenn wir in diesen Belangen einem staatlichen „Totalitarismus“ verfallen sollten, so müßten, darüber sollte Klarheit herrschen, zahlreiche Voraussetzungen für die Bewahrung unserer freiheitlichen Organisation als beseitigt betrachtet werden.

Damit aber wäre der Neubau unserer Eidgenossenschaft überhaupt gefährdet. Denn eine solche Entwicklung müßte die Grundlage unseres staatlichen Aufbaus, die Selbständigkeit der Kantone, bedrohen und damit die Idee der Schweiz überhaupt in Frage stellen. Hier liegt zweifellos eines der schwersten Probleme unserer Zukunft als freies Land beschlossen. Es erfordert unsere ganze Wachsamkeit.

\* \* \*

Seit dem Aufruf des Bundesrates vom 25. Juni sind über fünf Wochen verstrichen. Viele von uns warten der Taten, die das Element jener Worte zu bilden haben. Fast scheint es, als sei der drängende Ernst unserer Lage im eidgenössischen Blickfeld bereits wieder etwas seitlich verschoben worden. Allein nichts wäre verhängnisvoller.

Denn wir haben keine Zeit zu verlieren.

Zürich, den 2. August 1940.

Jann v. Sprecher.

## Ein notwendiger Schlusstrich.

Von Hektor Ammann.

Eine schwere innere Erschütterung hat unser Volk in der zweiten Hälfte des Monats Juni angesichts des französischen Zusammenbruchs erlebt. Bundesrat und Volk hatten einhellig das Gefühl, daß nun eine neue Zeit anbrähe und daß auch unser Land sich dementsprechend einstellen müsse. Überall sprach man davon, daß etwas geschehen müsse. Niemand aber wußte genau zu sagen, was denn nun getan werden solle, und alle Aufrufe, die Betrachtungen, die Reden und Resolutionen zeichneten sich durch ihre gleichmäßige Unbestimmtheit im Tatsächlichen und Greifbaren aus, während dafür der großen Worte nicht genug getan werden konnten und können. Nun sind bereits fast zwei Monate seit dem französischen Zusammenbruch vergangen und noch zeigt unser Land dasselbe Bild unklar durcheinander wimmelnder politischer Bestrebungen und Wünsche auf der einen Seite